

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschussdienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuss

16. WP - 75. Sitzung

gemeinsam mit den

**Ausschüssen für Regionalentwicklung und
internationale Zusammenarbeit
sowie für Infrastruktur der Region Syddanmark**

am Montag, dem 22. September 2009,
im Plenarsaal des Landtags

Anwesende Mitglieder des Wirtschaftsausschusses

Hans-Jörn Arp (CDU) Vorsitzender
Johannes Callsen (CDU)
Jürgen Feddersen (CDU)
Karsten Jasper (CDU)
Bernd Schröder (SPD)
Olaf Schulze (SPD)
Dr. Heiner Garg (FDP)

Weitere Abgeordnete

Lars Harms (SSW)

Anwesende Mitglieder des Europaausschusses

Manfred Ritzek (CDU)
Rolf Fischer (SPD)

Ausschuss für Regionalentwicklung und internationale Zusammenarbeit der Region Syddanmark

Karsten Uno Petersen (Soc.) Vorsitzender
Stephanie Lose (Lib.)
Willy Sahl (Soc.)
Ole Jacobsen (Soc.)

Ausschuss für Infrastruktur der Region Syddanmark

Carsten Abild (Lib.)

Obleute des Wirtschaftsausschusses der Hamburgischen Bürgerschaft

Olaf Ohlsen (CDU)

Karl Schwinke (SPD)

Für

Kreis Nordfriesland: Burkhard Jansen

Kreis Schleswig-Flensburg: Dr. Klaus Matthiesen

Stadt Flensburg: Hennig Brüggemann

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Hafenkooperation - Status und Perspektiven einer Zusammenarbeit zwischen den Nordseehäfen Esbjerg, Brunsbüttel, Husum und dem Hamburger Hafen	5
2. Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen Nord - Süd (Straße/Schiene)	7
3. Tourismus - grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Syddanmark (D/DK Tourismus-Forum/Deutsch-Dänisches Regionalmanagement)	9
4. Kenndaten der Energiewirtschaft in der Region Syddanmark	12
5. Aktueller Stand der Durchführung des INTERREG IV A-Programms „Syddanmark-Schleswig-K.E.R.N.“ - Informationen über die ersten genehmigten Projekte	13
6. a) Projekte zur Förderung des grenzüberschreitenden Arbeitsmarkts für Jugendliche	15
b) grenzüberschreitende Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen	
7. Status/Entwicklung des Grenzpendleraufkommens	17
8. Möglichkeiten grenzüberschreitender Kooperationen im Gesundheitswesen	18
9. Verschiedenes	18

Der Vorsitzende, Abg. Arp, eröffnet die Sitzung um 11:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Wirtschaftsausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Hafenkooperation - Status und Perspektiven einer Zusammenarbeit zwischen den Nordseehäfen Esbjerg, Brunsbüttel, Husum und dem Hamburger Hafen

St'in Karin Wiedemann betont, für eine Kooperation zwischen deutschen und dänischen Häfen kämen mehrere Nordsee- und Ostseehäfen in Betracht. Die bestehende Kooperation verlaufe teilweise nur auf praktischer Ebene, ohne dass es Verträge gebe. Für alle Häfen gelte, dass die Erweiterung der Hinterlandanbindung notwendig sei. Vonseiten der schleswig-holsteinischen Landesregierung interessiere man sich dafür, welche Kooperationspotenziale auf dänischer Seite gesehen würden und ob Kooperationsprojekte geplant seien. Darüber hinaus sei man an einem Gedankenaustausch zu den Themen Hafensicherheit und Service - zum Beispiel im Hinblick auf die Schaffung neuer Richtlinien - interessiert.

Der Vorsitzende des Ausschusses für Regionalentwicklung und internationale Zusammenarbeit der Region Syddanmark, Karsten Uno Petersen (Soc.), führt aus, er sehe zurzeit keine Initiativen zur Hafenkooperation. Der Hafen Esbjerg werde aber in Dänemark als Tor nach Westen wahrgenommen. Deshalb sei es seiner Ansicht nach eine gute Idee, den Hafen als Containerhafen auszubauen. Eine Zusammenarbeit in Bezug auf Sportboote in der Ostsee stehe man ebenfalls positiv gegenüber. Im Hinblick auf Sicherheit und Service sehe er auch Bedarf für eine Zusammenarbeit, um bestehende Möglichkeiten und Grenzen zur Beeinflussung von EU-Verordnungen in diesem Bereich auszuloten.

Carsten Abild (Lib.), Mitglied des Ausschusses für Infrastruktur der Region Syddanmark, betont, dass die Anzahl der Sportboote in Syddanmark gemeinsame Verordnungen und Sicherheitsrichtlinien sinnvoll erscheinen ließen. - Er stellt die Frage in den Raum, ob man in Schleswig-Holstein ebenfalls daran interessiert sei, den wachsenden Güterverkehr verstärkt vom LKW auf das Schiff zu bekommen.

Der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses, Hans-Jörn Arp (CDU), berichtet von den Erkenntnissen, die man auf den Reisen nach Rotterdam und St. Petersburg gewonnen habe. Tatsache sei, dass man vor einem Verkehrsinfarkt stehe und darauf hinarbeiten müsse, den Ver-

kehr von der Straße auf die Schiene oder auf das Wasser zu bekommen. Der Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals sei ein Beitrag im Rahmen dieser Bemühungen. Klar sei, dass es im Bereich der Sportboote und des Frachtverkehrs enger Abstimmung zwischen Deutschland und Dänemark bedürfe, da die Häfen Impulsgeber für die Region seien. Es gebe insgesamt noch viel Potenzial zur Zusammenarbeit.

Ole Jacobsen (Soc.), Mitglied des Ausschusses für Regionalentwicklung und internationale Zusammenarbeit der Region Syddanmark, betont, aus den Unterlagen gehe eine Vereinbarung zwischen der Stadt Esbjerg und der Firma Siemens über den Bau eines Werks zur Herstellung von Windkraftanlagen nicht hervor. Der Bau eines Güterbahnhofs werde in Zukunft eine wichtige Rolle spielen, zudem gebe es weitere größere Aktivitäten.

St'in Karin Wiedemann betont ebenfalls die Bedeutung der Zusammenarbeit im Güterverkehr. Ebenfalls eine große Bedeutung habe die Anbindung der Häfen an Schienen- und Straßenverkehr. Dies sei auch an der dänischen Westküste ein wichtiges Thema, da es dort einige Unternehmen gebe, die verstärkt Güterverkehr in Anspruch nähmen. Dies sei gut mit der Bahn zu bewältigen. - Sie führt weiter aus, ein gutes Beispiel für Kooperationen seien die Stadtwerke Flensburg, die gemeinsam mit der litauischen Stadt Ventspils Kohle einkaufen.

Olaf Ohlsen (CDU) betont, Hamburg habe ein vitales Interesse an der Zusammenarbeit mit den Nachbarländern. Auch der geplante Kanalausbau sei sehr wichtig für Hamburg.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen Nord - Süd (Straße/Schiene)

Als wichtige Projekte der Verkehrsinfrastruktur nennt St'in Karin Wiedemann den sogenannten Jütlandkorridor, den Ausbau der A 20 und die Verknüpfung mit der A 7 sowie den Bau einer festen Elbquerung bis 2017. Auch an der Westküste würden Verkehrsinfrastrukturprojekte verfolgt. Häufig handele es sich dabei um den mehrspurigen Ausbau bereits bestehender Straßen. Ein langfristiges Projekt sei der Ausbau zur Gesamtautobahn A 23. Ebenso sei geplant, die Rendsburger Hochbrücke zu sanieren. Im Hinblick auf den Ausbau weiterer Eisenbahnstrecken gebe es Planungen, zum Beispiel auf der Strecke Elmshorn-Pinneberg oder Niebüll-Westerland.

Hans-Jörn Arp (CDU) betont, der Ausbau zur festen Fehmarnbelt-Querung dürfe nicht zulasten der Verkehrsplanung in den beiden Landesteilen gehen.

Karsten Uno Petersen (Soc.) legt dar, die behördliche Zuständigkeit für Verkehrsinfrastrukturprojekte liege in Kopenhagen. Man versuche, die dänische Regierung in Richtung auf Lösung der Infrastrukturprobleme zu beeinflussen. Im Hinblick auf den Ausbau des Hafens Esbjerg gebe es den konkreten Wunsch, dass der Straßenausbau fortgesetzt werden solle. Das beziehe sich auf verschiedene Autobahnen und Fernstraßen. Auch die Schienenanbindung müsse verbessert werden, um nicht nur den Güterverkehr, sondern auch den Personenverkehr zu stärken. Die Region insgesamt sei sehr abhängig von der Verkehrsinfrastruktur.

Auch Hans-Jörn Arp (CDU) unterstreicht die Bedeutung von produzierendem Gewerbe, das eine gute Verkehrsinfrastruktur benötige. Carsten Abild (Lib.) bringt seine Sorge zum Ausdruck, dass Syddanmark durch die geplante feste Fehmarnbelt-Querung ins Hintertreffen geraten könne. Er plädiert dafür, dass der nördliche Landesteil von Schleswig-Holstein und Syddanmark zusammenstehen müssten und spricht sich dafür aus, die Wirkungen der Fehmarnbelt-Querung abzuwarten und genau zu untersuchen.

Jürgen Feddersen (CDU) bedauert, dass man beim Bau der B 5 damals versäumt habe, diese gleich bis zur Grenze zu führen. Nordfriesland sei schlecht an den Verkehr angebunden, Mecklenburg-Vorpommern habe deutlich bessere Voraussetzungen. Eine Verzögerung im Bau dürfe nicht eintreten, da der Ausbau fest versprochen worden sei.

Jonas Svane Jakobsen von der Region Syddanmark spricht sich dafür aus, Verkehrsnachrichten in deutscher und dänischer Sprache auszustrahlen, um den Verkehr besser fließen zu lassen.

St'in Karin Wiedemann begrüßt die Idee, den Verkehrsfunk zweisprachig auszustrahlen. Im Hinblick auf den Ausbau der B 5 führt sie aus, dass an den ursprünglichen Planungen zum Ausbau festgehalten werde. Nur eine zwischenzeitlich in Aussicht genommene schnellere Umsetzung werde vermutlich nicht stattfinden. - In der festen Fehmarnbelt-Querung - so führt sie weiter aus - könne sie kein Risiko für die nördlichen Regionen Schleswig-Holsteins und Syddanmark erkennen. Bei den Regionen handle es sich um sehr aufstrebende Gebiete.

In der Verbindung von Flensburg und Tondern wolle man bis 2011 eine Durchbindung nach Esbjerg erreichen. Verbesserungen könnten auch im Schienen- und Omnibusverkehr umgesetzt werden, zum Beispiel durch eine einheitlichere Gestaltung der Takte.

Auf eine Nachfrage von Lars Harms (SSW) im Hinblick auf die Verlängerung bestehender Bundesstraßen und Autobahnen führt St'in Karin Wiedemann aus, dass der Ausbau bis zur Grenze vorgenommen werden müsse. Man könne allerdings noch nicht einschätzen, welche Verkehre auf die Region zukämen.

St Dr. Eberhard Schmidt-Elsaëber bietet auf eine Nachfrage von Hans-Jörn Arp (CDU) an, zu prüfen, ob eine Förderung durch INTERREG-Mittel möglich sei, sieht allerdings wenig Chancen.

St'in Karin Wiedemann erläutert, ein praktisches Problem bei der Verbindung von deutschen und dänischen Zugstrecken bestehe in der Nutzung unterschiedlicher Systeme in der Stromversorgung der Lokomotiven. Dies sei ein sehr hinderliches Problem, das man gegebenenfalls gemeinsam lösen könne.

Karsten Uno Petersen (Soc.) erläutert im Hinblick auf die Elektrifizierung der Eisenbahnstrecke, dass über die Øresundbrücke Züge führen, die mit beiden System funktionierten. Auch ein zweigleisiger Ausbau zentraler Strecken zwischen Schleswig-Holstein und Syddanmark stehe auf der Wunschliste der Region. Dies sei auch für geplante Wirtschaftsprojekte wie den Windkraftanlagenbauer in Esbjerg sehr wichtig. In Bezug auf die Verkehrsgesellschaften merkt Herr Petersen die unterschiedliche Trägerschaft von Zugverkehr beziehungsweise Busverkehr kritisch an. Hier habe man bereits Bemühungen unternommen, zu grundsätzlichen Prinzipien der Zusammenarbeit zu kommen. Es gebe aber noch weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Tourismus - grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Syddanmark
(D/DK Tourismus-Forum/Deutsch-Dänisches Regionalmanagement)**

St'in Karin Wiedemann hebt auf die Bedeutung des Wirtschaftsfaktors Tourismus in der deutsch-dänischen Grenzregion ab und spricht sich für eine gemeinsame Bewerbung der Destinationen Ostsee und Nordsee aus. Diesbezügliche Werbeaktivitäten könnten zum Beispiel schon in der Schweiz beginnen und dann weiter auf den internationalen Markt wie China reichen. Für Schleswig-Holstein stelle sich aber auch die Frage, wie mehr Gäste aus Dänemark für einen Urlaub in Schleswig-Holstein gewonnen werden könnten.

Uno Petersen (Soc.) erklärt, auch in der Region Syddanmark gebe es touristische Herausforderungen. So herrsche eine gewisse Stagnation bei den Umsätzen in der Fremdenverkehrswirtschaft. Dadurch, dass immer mehr Dänen Urlaub im eigenen Land machten, gebe es hier aber eine auskömmliche Kompensation. Zurzeit sei man dabei, eine Strategie zu erarbeiten und zu hinterfragen, was ein Tourist heutzutage eigentlich erwarte. Er, Uno Petersen, glaube, es gehe darum, Erlebnisse zu schaffen, Wellness und Kulturangebote zu machen. Die Region Syddanmark setze sehr stark auf die Entwicklung von Erlebnistourismus. Beispiel sei hier die Region Billund. Wenn zum Beispiel eine Familie in Kolding haltmache, müsse sie via Computer sehen können, welche Angebote es für den Vater, die Mutter und die Kinder gebe. Diese Angebote müssten gleich auf dem Bildschirm erscheinen. Entsprechende Tests liefen zurzeit, und man rechne damit, dass auf diesem Weg ein Beitrag dazu geleistet werden könne, dass jeder Tourist in Dänemark ein Erlebnis finden könne, das ihn anspreche.

Carsten Abild (Lib.) sieht hier eine konkrete Aufgabe, bei der sich Schleswig-Holstein und Syddanmark gegenseitig helfen könnten. Er meint, schon über die Schulen sollten mehr Kontakte gefördert werden, denn bei den Schülerinnen und Schülern handele es sich um die „Touristen der Zukunft“. Er schlägt vor, eine gemeinsame Arbeitsgruppe zu bilden, die den Auftrag erhalten sollte, konkrete Vorschläge für eine Zusammenarbeit zu erarbeiten.

Ole Jacobsen (Soc.) spricht den Bereich Sporttourismus an. Wenn er zum Beispiel nach Kiel, Flensburg oder Hamburg fahre, um sich Handballspiele anzusehen, dann wolle er an den genannten Orten jeweils auch Angebotspakete vorfinden, etwas, was über das reine Zuschauen hinausgehe und zum Verweilen am Ort oder in der Umgebung einlade.

Hans-Jörn Arp (CDU) unterstreicht ebenfalls die Bedeutung von Angebotspaketen. Auf schleswig-holsteinischer Seite habe die TASH die politische Aufgabe, solche Strategien zu entwickeln.

Jürgen Feddersen (CDU) hebt darauf ab, dass es in Schleswig-Holstein nach wie vor Nachholbedarf in der Infrastruktur und einen Investitionsstau beim Vermietungsgewerbe wie Privatunterkünften und Hotels gebe. Auch er meint, dass Schleswig-Holstein und Syddanmark vieles gemeinsam machen könnten und nennt hier die Destinationen Nordsee, Ostsee, Kultur, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern.

St'in Karin Wiedemann konzediert, dass Schleswig-Holstein eine verbesserte Infrastruktur benötige. Mecklenburg-Vorpommern sei der Mitbewerber von Schleswig-Holstein, und bekanntlich sei dort sehr viel Geld für Ferienanlagen und Marinas ausgegeben worden. Diese Finanzmittel könnten in Schleswig-Holstein aber nicht aufgebracht werden; hierfür fehlten die Fördermittel. Deshalb unternahme Schleswig-Holstein den Versuch, Maßnahmen zu konzentrieren. Dabei stelle sich die Frage, was die Menschen wünschten, die nach Schleswig-Holstein kämen, und welche Menschen für Schleswig-Holstein als Urlaubsland noch interessiert werden könnten. Die Profile in Schleswig-Holstein und Dänemark wären hier sicherlich ähnlich. In jedem Fall suchten die Touristen zunehmend Qualität, Qualität bei den Unterkünften, Qualität bei der kommunalen Infrastruktur, aber auch beim Service. Interessenten suchten im Internet Zugang zu ihrem Reiseziel und erwarteten dort möglichst ein komplettes Angebot. Dabei wollten die Menschen keinen voll durchgeplanten Urlaub, sondern Angebotsmodule. Die Neuausrichtung des Tourismus in Schleswig-Holstein arbeite deshalb mit verschiedenen Leitprojekten, die nicht von der Landesregierung allein erarbeitet würden, sondern bei denen auch die einbezogen würden, die vor Ort tätig seien. Dazu gehörten der Hotel- und Gaststättenverband, die IHKS und die Tourismusmarketinorganisation ebenso wie etwa die Fachhochschule Westküste, die berate und Vorstellungen entwickele, wie Zielgruppen mit den entsprechenden Themen versorgt werden könnten, und die sich auch mit dem Online-Auftritt befasse.

Bezüglich einer grenzüberschreitenden Kooperation erklärt St'in Karin Wiedemann sodann, dass es gut und richtig sei, gemeinsame Pakete für Schleswig-Holstein, Hamburg und Dänemark zu erarbeiten. Schleswig-Holstein habe mit Dänemark eine gemeinsame Geschichte, und wenn man über Pakete nachdenke, komme man sicherlich auch auf Schlösser und Städte, die mit dem dänischen Königshaus verbunden würden.

Bei der Darstellung der Regionen auf Messen sei es sicherlich so, dass aus Sicht der „großen weiten Welt“ Hamburg, Schleswig-Holstein, Dänemark und Mecklenburg-Vorpommern nicht so unterschiedlich wahrgenommen würden.

Dr. Heiner Garg (FDP) betont, auch beim Tourismus sei die Erreichbarkeit der Destination entscheidend. Er konstatiert hier ebenfalls ein Infrastrukturproblem. Zusätzlich weist er auf die private Mitnutzung des Flughafens Jagel hin, die man aus seiner Sicht befördern sollte.

Uno Petersen (Soc.) regt an, in die Überlegungen bezüglich der Erreichbarkeit der Destination mit zu überlegen, inwieweit der dänische Flughafen Billund sozusagen als Einfalltor in die Region Syddanmark/Schleswig-Holstein fungieren könne.

Karsten Jasper (CDU) erinnert an die bereits bestehende Zusammenarbeit zwischen den Tourismusorganisationen beiderseits der Grenze, an die grenzüberschreitende Tourismusarbeitsgemeinschaft, die die Gebiete beiderseits der Grenze und die Pilgerroute vermarkte. - Uno Petersen (Soc.) plädiert dafür, in diesem Zusammenhang auch dem Sprachunterricht einen höheren Stellenwert beizumessen.

Hans-Jörn Arp (CDU) kommt auf den Vorschlag von Carsten Abild (Lib.) zurück, weitere Beratungen zum Tourismus in einer Arbeitsgruppe durchzuführen, und befürwortet eine solche Initiative. - Lars Harms (SSW) spricht sich dafür aus, in dieser Arbeitsgruppe auch Tourismusfachleute aus Schleswig-Holstein, Hamburg und Dänemark mitarbeiten zu lassen. - Die Sitzungsteilnehmerinnen und -teilnehmer bitten die Sprecherinnen und Sprecher für Tourismusfragen, eine entsprechende Initiative vorzubereiten.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Kenndaten der Energiewirtschaft in der Region Syddanmark

Hierzu legt Uno Petersen (Soc.) mit Umdruck 16/3466 eine schriftliche Information vor.

Manfred Ritzek (CDU) spricht die in der Information genannten Wellenkraftwerke an und erklärt, dass ein solches Projekt auch etwas sein könne, was man gemeinsam erarbeiten könne und sicherlich auch ein INTERREG III-A- oder B-Projekt wäre. - Olaf Schulze (SPD) fragt nach Überlegungen in Dänemark, möglicherweise in die Geothermie einzusteigen. - Olaf Ohlsen (CDU) erinnert an die über die Grenzen Hamburgs hinaus sehr ernst zu nehmende Diskussion, Schiffe mit Landstrom zu versorgen. Lübeck sei hier schon federführend; auch aus Sicht Hamburgs sei es wichtig, dass man internationale Standards entwickle, um auch größere Schiffe mit Landstrom versorgen zu können. - Ole Jacobsen (Soc.) verweist darauf, dass dänischerseits im Augenblick ein neues Kohlekraftwerk gebaut werde, und Olaf Ohlsen (CDU) berichtet zur Situation in Hamburg, dass das dort geplante Kohlekraftwerk in Moorburg rechtlich wohl nicht verhindert werden könne. Eine Gerichtsentscheidung hierzu erwarte man für Ende September. - Uno Petersen (Soc.) erklärt, er könne zwar nichts zur Wellenkraftwerkstechnologie beitragen, aber er wolle darauf hinweisen, dass es in Syddanmark ein paar Hundert Windkraftanlagen offshore gebe und dass diese Technologie weiter ausgebaut werden solle.

Hans-Jörn Arp (CDU) spricht sich dafür aus, diesen Tagesordnungspunkt bei einem nächsten Treffen auch auf der Grundlage schriftlicher Informationen aus Hamburg und aus Schleswig-Holstein zum Thema Energiewirtschaft fortgesetzt zu diskutieren.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Aktueller Stand der Durchführung des INTERREG IV A-Programms
„Syddanmark-Schleswig-K.E.R.N.“ - Informationen über die ersten ge-
nehmigten Projekte**

St Dr. Eberhard Schmidt-Elsaeßer führt in die Thematik ein und legt dar, für die Förderperiode bis 2013 stünden 44 Millionen € INTERREG-Fördergelder zur Verfügung. Es habe bereits eine erste Sitzung des Ausschusses gegeben, der die Projekte zu bewilligen habe. Momentan gebe es vier konkrete Projekte.

Das erste Projekt stelle die Lab-on-Chip-Technik in den Vordergrund, bei der es um Qualitätskontrolle und den Nachweis von Mikroorganismen gehe. Bei Gesamtkosten von 1,5 Millionen € betrage das Fördervolumen 1 Million €.

Das zweite Projekt sei die grenzüberschreitende Verbesserung der Situation von Osteoporosepatienten. Bei diesem Projekt betrügen die Gesamtkosten 1,1 Millionen €, der Zuschuss 700.000 €.

Beim dritten Projekt handele es sich um paralleles Lernen in der Grenzregion. Beteiligt daran seien die Volkshochschulen der Region, es gehe besonders um Weiterbildungsangebote im Bereich Sprache. Die Gesamtkosten betrügen 1,3 Millionen €, der Zuschuss 900.000 €.

Das vierte Projekt sei die Zusammenarbeit der vier Kommunen Syddanmarks und der Kulturstiftung. Mit diesem Projekt solle der kulturelle Dialog und die gemeinsame Identität gestärkt werden. Die Gesamtkosten betrügen 900.000 €, der INTERREG-Zuschuss liege bei 600.000 €.

Am 29. September stünden weitere Projekte zur Genehmigung an. Es bestehe insgesamt die Vorgabe, mit den INTERREG-Mitteln möglichst 100 % zu finanzieren. Das bedeute allerdings im Durchschnitt nur ein Fördervolumen von 400.000 € für jedes Projekt. Es werde zurzeit diskutiert, inwieweit eine solche Begrenzung sinnvoll sei. Andererseits erlaube eine größere Zahl von Projekten auch eine größere Breitenwirkung. Offen sei noch, wie die Verwaltung der Fördermittel gestaltet werden solle.

Manfred Ritzek (CDU) stellt die Frage, ob nicht auch konkrete Projekte außerhalb des Bereichs der weichen Themen Kultur oder Gesundheit in den Fokus gerückt werden könnten.

Dr. Heiner Garg (FDP) betont, dass eine Subsummierung von Gesundheitsthemen unter den Bereich weiche Themen seiner Ansicht nach nicht zutreffend sei.

Auf einen Vorschlag von Jonas Svane Jakobsen betont St. Dr. Eberhard Schmidt-Elsaesser, dass es ein interessanter Ansatz sei, über die unterschiedliche Esskultur sich einander anzunähern.

Er legt zudem dar, eine Stärkung und Konsolidierung der wissensbasierten Wirtschaft sei ein Ziel des Projekts. Die von ihm vorgetragenen Projekte hätten einen insgesamt starken wirtschaftlichen Bezug.

Lars Harms (SSW) weist auf die Kompetenzanalyse Minderheiten als Standortfaktor im deutsch-dänischen Grenzland hin und legt dar, dass in dieser Studie Projektvorschläge enthalten seien, zum Beispiel Konfliktforschung hinsichtlich des Zusammenlebens von Mehrheiten und Minderheiten. Die Erfahrungen des Grenzlandes könnten dabei genutzt werden. Zudem solle die grenzüberschreitende Wissensregion - auch durch Kooperation der Syddansk Universität mit der Fachhochschule Flensburg - gestärkt werden.

Punkt 6 der Tagesordnung:

a) Projekte zur Förderung des grenzüberschreitenden Arbeitsmarkts für Jugendliche

b) Grenzüberschreitende Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen

St Dr. Eberhard Schmidt-Elsaesser weist auf die steigende Zahl der Grenzpendler hin. Dies sei eine erfreuliche Entwicklung. Eine große Zahl von Grenzpendlern bringe aber auch administrative Probleme mit sich, zum Beispiel die gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen. Die Lösung der Probleme liege jedoch nicht in der Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Syddanmark, wo dies nicht entschieden werden könne. Deutschland und Dänemark müssten auf Regierungsebene zusammenarbeiten. Eine Regelung dieser Fragen gebe es bereits zwischen Deutschland und Frankreich. Dies wirke sich positiv auf den Arbeitsmarkt, zum Beispiel im Saarland, aus.

Dazu führt Karsten Uno Petersen (Soc.) aus, es gebe bereits auf dänischer Seite die Initiative, die Vergleichbarkeit von Abschlüssen zu untersuchen, es sei schon Geld für AOC Süd zur Verfügung gestellt worden. Damit habe man ein Instrument, mit dem man Abschlüsse von Berufsschulen vergleichen könne. Es gebe aber auch andere Projekte im Hinblick auf den Abbau von Hindernissen und Barrieren. Das Ziel der Region sei, dass 50 % der Jugendlichen eine weitergehende Ausbildung erhielten. Dies Ziel solle bis 2015 erreicht werden. Im Moment sei die Abbrecherquote noch relativ hoch. Entscheidend sei, den jungen Menschen zu ermöglichen, den Herausforderungen der Zukunft gewachsen zu sein. Die momentan wirtschaftlich günstige Situation Dänemarks, von der man profitiere, werde nicht unbegrenzt anhalten. - Jonas Svane Jakobsen ergänzt die Idee dahin gehend, eine Möglichkeit sei, die Arbeit des Fremdenverkehrsmanagements sowie der Universitäten mit den Aktivitäten des AOC Süd zu verbinden. Jungen Menschen müsse der Zugang zu einer Ausbildung gewährt werden.

St Dr. Eberhard Schmidt-Elsaesser betont, ein ähnliches Problem gebe es auch in Schleswig-Holstein, wo jedes Jahr viele Jugendliche die Schule ohne Ausbildungsabschluss verließen. Ziel der Landesregierung sei, die Zahl von derzeit 3.000 Jugendlichen zu halbieren. Nun wolle man den Jugendlichen helfen, schon während der Schulzeit den richtigen Ausbildungsplatz zu finden. Auch Realschüler und Gymnasiasten könnten seiner Erfahrung nach von einer Potenzialanalyse profitieren. Die Gründe für den Abbruch einer Ausbildung müssten genau ana-

lysiert werden. Insgesamt sei Schleswig-Holstein sehr an einer Zusammenarbeit interessiert. - Hans-Jörn Arp (CDU) schlägt vor, die Industrie- und Handelskammern mit einzubinden.

Im Anschluss stellt St Dr. Eberhard Schmidt-Elsaëßer ausgewählte Projekte zur Förderung des grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes für Jugendliche dar, zum Beispiel das Projekt der Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein „Cross Border Job & Language Experience“, das Projekt der Gesellschaft für Arbeitsmarkt und Strukturpolitik „U 25 - Fit für den deutsch/dänischen Arbeitsmarkt“, das Projekt der Handelskammer Lübeck „Mobilität im Netzwerk Nord“ sowie das Projekt der Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft Flensburg „Sichtwechsel“. Die Projekte würden mit insgesamt 1,2 Millionen € aus dem Zukunftsprogramm Arbeit gefördert.

Auf eine Frage von Rolf Fischer (SPD) zur Auswahl der Jugendlichen für diese Projekte führt St Dr. Eberhard Schmidt-Elsaëßer aus, die Voraussetzungen für die Teilnahme würden teilweise in den Projekten selbst spezifiziert, darüber hinaus sei wichtig, dass die Jugendlichen eine Offenheit für das Projekt und die richtige Einstellung dazu hätten. - Im Hinblick auf eine weitere Frage von Rolf Fischer (SPD) betont er, dass nicht nur der Landesteil Schleswig an Projekten beteiligt sei, sondern zum Beispiel auch Lübeck. Die Landesregierung sei jedoch darauf angewiesen, dass Interesse in den Regionen bestehe, entsprechende Projekte durchzuführen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Status/Entwicklung des Grenzpendleraufkommens

Hans-Jörn Arp (CDU) weist auf die entlastende Wirkung des Grenzpendlerwesens für den deutschen Arbeitsmarkt hin, bewertet diese Situation als für beide Seiten äußerst positiv, meint aber, dass man sich hierauf nicht unbedingt auf Dauer werde verlassen können.

St Dr. Schmidt-Elsaesser erklärt einleitend, die EU definiere Grenzpendler als Personen, die täglich oder wöchentlich zwischen ihrem Wohnsitz in einem Mitgliedsland und Arbeit in einem anderen Mitgliedsland pendelten. Eine direkte statistische Zählung der Grenzpendler gebe es nicht. Insoweit sei man auf Schätzungen, auf Plausibilitätserwägungen angewiesen. Nach Schätzungen aus Oktober 2007 gebe es 12.700 Grenzpendler, davon 11.500 nach Dänemark und 1.200 nach Schleswig-Holstein. Im grenznahen Bereich sei das Aufkommen besonders stark. Man gehe davon aus, dass sich das Grenzpendlerwesen in den nächsten Jahren weiterhin positiv entwickeln werde.

Uno Petersen (Soc.) meint, dass sich das Grenzpendleraufkommen auch wieder ändern werde. Hauptsächlich pendelten Männer. Diejenigen, die von Syddanmark aus nach Deutschland pendelten, pendelten in höher bezahlte Beschäftigungsverhältnisse. Anders herum sei es genau umgekehrt. Das bedeute, an dem Tag, an dem die Möglichkeit für die deutschen Arbeitnehmer bestehe, wieder im eigenen Land zu arbeiten, werde die Zahl der Pendler aus Deutschland nach Dänemark sicherlich wieder zurückgehen, weil die deutschen Arbeitnehmer in Deutschland mehr Geld verdienen könnten. Als gut bewertet er es, das gesamte Grenzgebiet als eine Einheit zu betrachten, als gemeinsamen Arbeitsmarkt, auf dem es keine „Regelungsbarrieren“ steuerlicher oder krankensicherungsrechtlicher Art gebe. Das „Pendeln“ müsse zum Alltag gehören.

Willy Sahl (Soc.) unterstreicht zur Situationsbeschreibung, dass die dänische Wirtschaft im Augenblick starke Nachfrage nach Arbeitskräften habe und dass die Deutschen hieraus Nutzen zögen. Die deutschen Handwerker, die nach Dänemark kämen und ihre eigenen Beschäftigten mitbrächten, tauchten in der Statistik gar nicht auf. Hierbei handele es sich in den Bereichen Straßenbau, Breitbandverlegung, Bauwesen um eine sehr große Zahl von Firmen, die über die Grenze in den südlichen Teil Dänemarks pendelten. Die derzeit in Dänemark bestehende Nachfrage nach Arbeitskräften werde künftig sehr davon abhängig sein, wie sich die Konjunktur in Dänemark entwickeln werde.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Möglichkeiten grenzüberschreitender Kooperationen im Gesundheitswesen

Nach Hinweisen durch RL Müller auf Kooperationen im Gesundheitsbereich informiert Uno Petersen (Soc.), dass es in der Region Syddanmark zwei Herausforderungen gebe. Staatlicherseits sei vorgegeben worden, dass die medizinischen Spezialgebiete zentralisiert werden sollten und dass in den an sieben Tagen rund um die Uhr geöffneten Akutkrankenhäusern die Spezialisten an vorderster Front arbeiteten. Dafür müsse jedoch auch eine genügende Patientenzahl gegeben sein. Zurzeit sei noch die Frage offen, wo in Syddanmark ein Akutkrankenhaus eingerichtet werden solle. Grundsätzlich sei das Gesundheitswesen in Dänemark so organisiert, dass ausreichend Möglichkeiten der Akutbehandlung vorhanden seien. Zudem sei zu sagen, dass die EU-Kommission zurzeit einen Richtlinienentwurf erarbeitet habe, nach dem es so sein solle, dass für alle Bürger in Europa die freie Krankenhauswahl bestehen solle. Dieser EU-Vorschlag werde zurzeit behandelt, und es sei für beide Seiten im Grenzgebiet von entscheidender Bedeutung, wie die Bestimmungen letztlich formuliert würden, wie es ermöglicht werden solle, dass die Patienten tatsächlich in ihrer Wahl frei seien. Hier sei ein gemeinsames Vorgehen gefordert.

Zu bestehenden Kooperationen verweist Uno Petersen (Soc.) sodann vor allem auf den Bereich der Krebsdiagnostik und -therapie. Da in Dänemark eine Behandlungsgarantie eingeführt worden sei, stellten sich durchaus Kapazitätsprobleme. Aus diesem Grund gebe es die Zusammenarbeit mit Deutschland und hier insbesondere mit Kiel und Lübeck. Angestrebt würden derzeit auch gemeinsame Forschungsinitiativen in diesem Bereich. Das Partikel-Therapie-Zentrum, das zurzeit in Kiel eingerichtet werde, solle auch im Rahmen einer Kooperation von dänischen Patienten genutzt werden. Andere Bereiche, in denen eine engere Kooperation möglich wäre, sehe man in der Aus- und Fortbildung. Im Zusammenhang mit der Planung der Akutkrankenhäuser und der damit verbundenen Umstrukturierung des Gesundheitswesens in Dänemark werde es sicherlich freie Kapazitäten geben, die auch von deutschen Patienten genutzt werden könnten.

Dr. Heiner Garg (FDP) fragt nach Anhaltszahlen, die die Leistungsabfrage für den ambulanten Sektor betreffen, und möchte wissen, ob der deutsche Weg zur Krankenhausfinanzierung, die Monistik, den Einfluss der Landespolitik bezüglich einer gemeinsamen Planung von Krankenhauskapazitäten, Krankenhausstandorten, möglichen Spezialisierungen verringere

und welche Auswirkungen dies dann für grenzüberschreitende Kooperationen habe, wenn die Landespolitik keinen bedeutsamen Einfluss mehr auf die Krankenhausplanung habe. Bezüglich der Telemedizin interessieren ihn angedachte oder konkret in Rede stehenden Projekte. - Manfred Ritzek (CDU) fragt über die rein individuellen Kooperationen hinaus auch nach solchen in Epidemie- oder Katastrophenfällen. - Lars Harms (SSW) erinnert an den vorliegenden Antrag des SSW zum Abschluss eines deutsch-dänischen Rahmenabkommens über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich, Drucksache 16/1992, und erklärt im Übrigen, dass dann, wenn das Krankenhaus in Tondern geschlossen werden sollte, das Krankenhaus in Niebüll für die Behandlung dänischer Patienten zur Verfügung stünde.

RL Müller erklärt zur Frage der Monistik, dass diese darauf abziele, die Finanzierung auf Pflegesätze umzustellen. Hier gebe es kaum noch Möglichkeiten einer Landessteuerung. Unter dem Gesichtspunkt grenzüberschreitender Kooperationen sei aber zu konstatieren, dass aus Sicht der Krankenhäuser die Patienten in der Regel als Selbstzahler kämen und dass insoweit die Finanzierungsstruktur nicht stark eingreife. Auf dem Gebiet der Telemedizin gebe es auf verschiedenen Ebenen die Zusammenarbeit in Netzwerken. Darüber hinaus befänden sich mehrere Projekte in der Antragsphase für die neue EU-Förderperiode, an denen auch Partner aus Dänemark/Syddanmark beteiligt seien.

Zur Frage der Zusammenarbeit bei Katastrophen erklärt Uno Petersen (Soc.), dass auch hier eine Zusammenarbeit angedacht sei und kommen solle. Es gebe bereits Vereinbarungen mit Flensburg. Ressourcen auf beiden Seiten der Grenze müssten zum Wohle der Patienten genutzt werden. Man werde gern die dänischen Erfahrungen mitteilen und weitere Informationen über die Erweiterung der Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Syddanmark nachliefern.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung, **Verschiedenes**, liegt nichts vor.

Hans-Jörn Arp (CDU) schließt die Sitzung um 14:35 Uhr.

gez. Hans-Jörn Arp
Vorsitzender

gez. Manfred Neil
Geschäfts- und Protokollführer

gez. Thomas Wagner
Protokollführer